

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/210

Bonn, den 5. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Berliner Omnibusbetriebe brauchen dringend Hilfe 60

Der Fremdenverkehr im Zonenrandgebiet
ist auf die Omnibusbetriebe angewiesen

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

2 Am Grab von Georgios Papandreu 32

Von Dr. Hans Apel, MdB

3 Deutschlandpolitik? 40

Zwischenbemerkung zum CDU-Parteitag

4 - 6 NOVEMBER 1968 51

Als die "Masse" geschichtliche Persönlichkeit wurde

Von Günter Grossmann

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Drei Positionen zur Deutschlandpolitik
Grausame Zeit der Flucht, Vertreibung und Emigration
An den sudetendeutschen Widerstand erinnert
Ostdeutschlands Beitrag zur Arbeiterbewegung
Unwahrheiten des Moskauer Weißbuchs
Extreme Ausrichtung der polnischen Politik
Rabbiner in Buthen
Als Botschafter nach Libyen

*

*

*

Berliner Omnibusgewerbe braucht dringend Hilfe

Der Fremdenverkehr im Zonenrandgebiet
ist auf die Omnibusgäste angewiesen

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Die in diesen Tagen durch die Tagespresse gegangene Mitteilung, Ostberlin beabsichtige einen Inter-City-Verkehr mit entsprechenden Schnellverbindungen zwischen der alten deutschen Hauptstadt und der Bundesrepublik einzurichten, hat nach langen Monaten der Rückschläge und Enttäuschungen in unserem Verhältnis zum anderen Deutschland überrascht. Wenn wir auch gewitzt genug sind, nicht sofort in ein Hosianna-Geschrei auszubrechen, so wäre es doch falsch, diese Ankündigung gleich wieder unter einer Woge von Mißdeutungen und Verdächtigungen zu begraben.

Die letzten Sperrmaßnahmen des DDR-Regimes haben weniger jenen Bevölkerungsteil Berlins und der Bundesrepublik getroffen, den das Regime angeblich treffen wollte. Sie haben in erster Linie den kleinen Mann von seinen Angehörigen und Erholungsgebieten abgeschnürt, der sich dreimal überlegen muß, ob er sich einen Erholungsurlaub genehmigen kann, wenn er mit den Kosten eines Fluges verbunden ist oder ob er seine Angehörigen in Westdeutschland besuchen kann, selbst wenn die Flugkarte nur 60 DM kostet. Das ändert allerdings nichts daran, daß die Bezieher mittlerer Einkommen, die zuvor vielfach Bus und Bahn benutzten, nun auf das Flugzeug umstiegen, das mit Hilfe der subventionierten Flugpreise, die eine Ausreise ohne lästige Kontrollen ermöglichten, zum Favorit unter den Westreiseverkehrsmitteln der Berliner aufstieg.

Diese Entwicklung hat logischerweise das Berliner Omnibusgewerbe am nachhaltigsten getroffen. Wer statt einer kurzen unbehelligten Flugreise mehrere Stunden im Omnibus sitzen und sich am Ende noch schikanösen Kontrollen unterziehen muß, der wird unbedingt das Flugzeug vorziehen, besonders dann, wenn es keine ins Gewicht fallende Preisdifferenz mehr gibt. Kein Wunder also, wenn die aus politischen Gründen der Erhaltung des freien Zuganges nach Berlin dringend notwendig gewordene Subventionierung des Flugverkehrs auf der Strecke Berlin - Hannover dem Berliner Omnibusgewerbe an den Lebensnerv geht.

Aber wie jedes Ding seine zwei Seiten hat, so gilt das auch für dieses. Ein vollkommenes Eingehen der Omnibuslinien könnte sich auf die Dauer auch für den Flugverkehr verheerend auswirken. Wie soll der Zugang und Weg aus Berlin bei Nebel und schlechten Wetter aufrecht erhalten werden können? Wird ein langsames Absterben des Personenverkehrs auf der Straße nicht eines Tages auch seine Auswirkungen auf den Güterverkehr haben, zumal vielfach die betroffenen Unternehmen auf beiden Sektoren tätig sind?

Vor allem aber hat die hier aufgezeigte Entwicklung für den Fremdenverkehr im Zonenrandgebiet eine schlimme Wirkung. Viele Teile des nordhessischen und bayerischen Fremdenverkehrs sind "Naherholungsgebiete" für die Berliner Feriengäste und wegen ihrer günstigen Preislage bisher gern besucht. Der Übergang auf den Flugverkehr und die Verlagerung in einen kleinen Teil des Zonengrenzraumes gibt zwar

diesem Raum erfreuliche zusätzliche Impulse, die Zeche muß aber vom übrigen Zonenrandgebiet bezahlt werden und macht dort mühsam aufgebaute Kontakte und Strukturmaßnahmen zunichte.

Die Berliner Omnibusunternehmen waren für diese Räume die lebenswichtigen Zubringer. Berliner Gäste waren bei dem geringeren Grad der Motorisierung in Berlin zum großen Teil Omnibusgäste, weil der Bus sie bis zum Standort herantrachte. Wenn man daher, was wir voll und ganz als notwendig anerkennen und bejahen, zusätzliche Subventionen an den Flugverkehr gewährt hat, kann man das Berliner Omnibusgewerbe nicht ausschließen. Im Gegenteil, man sollte durch einen forcierten Ausbau von Naherholungsgebieten im Zonenrandgebiet für Berliner zu besonders günstigen preislichen Bedingungen mit dazu beitragen, Platzangst und Mauerkomplex in Berlin zu beseitigen. Das könnte auch ein Beitrag von nicht zu unterschätzender Bedeutung zur Stabilisierung der Berliner Wirtschaft sein!

+ + +

Am Grabe von Georgios Papandreu

Von Dr. Hans Apel, MdB.

Die machtvollen Demonstrationen von hunderttausenden von Griechen bei der Beerdigung ihres Georgios Papandreu waren sicherlich ein Sieg für die Demokratie. Ob sie aber auch ein Sieg für Griechenlands Demokratisierung waren, bleibt dahingestellt. - Wenn die demonstrierenden Griechen in gewaltigen Sprechchören neben ihren Parolen "Papandreu", "Demokratie", "Freiheit", immer wieder "Verfassung - Nein" riefen, dann ist das ein Beweis dafür, daß die 93 Prozent Ja-Stimmen beim Verfassungsreferendum so zustande gekommen sind, wie das bei entsprechenden Abstimmungen in Diktaturen üblich ist. Die griechischen Demokraten haben ihren Herrschern eine Lektion erteilt, die für alle, die sie miterlebt haben, unvergeßlich sein wird.

Dennoch war dieses Ereignis auch ein Beweis für die Stärke des Regimes. Es hat mit Gelassenheit und einer korrekt vorgehenden Polizei unter den Augen der Weltöffentlichkeit eine Massendemonstration geduldet, obwohl es sicherlich von der Zahl der Demonstrierenden überrascht war und die gellenden Rufe "Nieder mit der Junta" nicht zu überhören waren. Das Regime hat mehr als deutlich erkannt, daß es in absehbarer Zeit kaum durch Gewalt von Seiten der Opposition im Inneren des Landes gefährdet werden kann. Wenn es nicht zu massiven Diadochenkämpfen innerhalb der Junta kommt, wird es so bald nicht zu gewaltsamen Eruptionen in Griechenland kommen.

Um so mehr kommt es darauf an, daß alle westeuropäischen Demokraten jede Gelegenheit benutzen, um nachdrücklich, energisch und bestimmt zu versuchen, das griechische Regime zu verändern, zu humanisieren, erträglicher zu machen. Das mag manchem überzeugten Demokraten wie Kapitulantentum vorkommen. Ich sehe aber nur diesen Weg, um der Junta entweder schrittweise bescheidene Schritte auf dem Wege zur Demokratisierung abzutrotzen, oder aber sie zu zwingen, sich offen zu zeigen, als eine Gruppe von Menschen, der es ausschließlich um Macht und Einfluß um den Preis des politischen Unglücks ihres Landes geht.

+ + +

Deutschlandpolitik?

Zwischenbemerkung zum CDU-Parteitag

sp - Bei der Beratung des neuen Aktionsprogrammes der CDU (Kiesinger: "Wieder ein Aktionsprogramm"), das, wie mehrfach deklariert wurde, tatsächlich für die siebziger Jahre gelten soll, haben sich schon in den ersten Stunden recht bemerkenswerte Fakten ergeben. Mit zu den interessantesten und aufschlußreichsten Vorgängen dürfte bei dem Abschnitt "Deutschlandpolitik" die Zurückziehung des Antrags des Sieg-Kreises der CDU gehören, wonach "die freie Entscheidung der mitteldeutschen Bevölkerung über ihre politische und gesellschaftspolitische Zukunft zu respektieren" sein sollte. Dieser Zusatz sollte die Programmwurf-Ziffer ergänzen, die betont, wenn auch nicht überraschend neu herausstellt, daß ein dauerhafter Frieden für Europa ohne Lösung der deutschen Frage im Sinne der Selbstbestimmung für das deutsche Volk nicht möglich sei.

Der ganze Abschnitt "Deutschlandpolitik" enthielt weder im Entwurf noch enthält er in der vom Parteitag gebilligten Form mehr als die Wiederholung bekannter Thesen, wie sie seit Jahrzehnten zum westdeutschen Politstandard gehören. Auch der Antrag des Sieg-Kreises ist nicht revolutionär und sicher auch schon anderswo und von anderen gesagt worden. Die bemerkenswerte Tatsache aber, daß dieser Antrag begründungslos zurückgezogen wurde, zwingt zum Nachdenken.

An anderer Stelle des Abschnitts "Deutschlandpolitik" heißt es zwar, daß bei der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung der gemeinsamen Zukunft der freie Wille unserer Landsleute zur Geltung kommen müßte, weil nicht Bevormundung, sondern die gemeinsame Entwicklung einer weit- und zukunfts-offenen freiheitlichen Ordnung für das ganze deutsche Volk das Ziel sein müßte. Aber die konkrete Formulierung des Sieg-Kreises beinhaltet eine wirklich weiterführende programmatische These. Sie war ein Versuch, einen realistischen Blick in die Zukunft zu tun und gleichzeitig der Bevölkerung der DDR einen tatsächlichen freiheitlichen Weg in dem Vertrauen darauf zu öffnen und zu sichern, daß die von uns modern und zukunfts-trächtig gestaltete soziale Demokratie beispielhaft und anziehend wirkt.

Vielleicht haben die CDU-Mitglieder des Sieg-Kreises gar nicht einmal so weit gedacht; aber dann haben sie wenigstens richtig gefühlt. Und es ist schon des Nachdenkens wert und zwingt zur Besinnung, daß davon nichts weiter übrig geblieben ist, als ein geschäftsordnungsmäßiges Zurückziehen und ein Wurf in den deutschlandpolitischen Papierkorb!...

N O V E M B E R 1918

Als die "Masse" geschichtliche Persönlichkeit wurde

Von Günter Grossmann

"Ich denke gar nicht daran, wegen der paar hundert Juden und der tausend Arbeiter den Thron zu verlassen... Wenn nur das Geringste passiert, dann schreib ich denen die Antwort mit Maschinengewehren auf das Pflaster!" So fuhr Wilhelm II., König von Preußen und Deutscher Kaiser, den völlig verstörten preußischen Innenminister Drews an, als dieser, um wenigstens die Monarchie als System zu retten, seinem obersten Dienst- und Kriegsherrn die persönliche Abdankung nahelegte.

Im Augenblick dieses Gesprächs hatten aber die Matrosen des Kaisers bereits gehandelt. Sie waren einer Meuterei der Admiralität gegen die um Frieden bemühte Reichsregierung entgegengetreten und hatten so die Initialzündung ausgelöst zu einer der gewaltigsten Explosionen, die bis dahin das politische und gesellschaftliche Leben Deutschlands erschütterten. Im November 1918 befreite sich der "dritte Stand", wurde geschichtlich handelnde Persönlichkeit und schrieb mit kaum bewaffneten Händen einer morschen und verlogenen Ordnung das "Mene, mene, tekel u pharsin" an den verdämmernden Horizont.

Jetzt begann das gewaltige und packende Drama des Ringens um eine menschenwürdige Neuordnung. Revolutionärer Elan stand gegen zur Behutsamkeit mahnenden und vor Chaos warnenden Evolutions-Optimismus; die radikale Konsequenz, das Übel an der Wurzel zu packen und nicht an Symptomen herumzukurieren, gegen die Entschlossenheit zu vorsichtigen und dauerhaften Reformen - all das getragen von bestem Willen und edelsten Motiven auf beiden Seiten, verbunden in dem Bewußtsein von der Verantwortung für die Zukunft.

Der Motor der Gestaltung der Zukunft, die deutsche Arbeiterbewegung, erwies sich bald zu Beginn der Auseinandersetzungen als "gespaltene" Persönlichkeit. Zur Tragik der historischen Wochen und Monate bemerkte Arthur Rosenberg in seiner "Geschichte der Deutschen Republik", daß "die drei Parteien des deutschen sozialistischen Proletariats (SPD, USPD, Spartakusbund)... in sechs ganz verschiedene Tendenzen" zerfielen. Gute Ideen wurden von besseren beföhlet, die beste aber, auf der Basis der Einigkeit entschlossen und gründlich durchzugreifen, um den Erfolg der heroischen Erhebung zu sichern, konnte sich hierbei nicht voll durchsetzen.

In der berechtigten Sorge, einen erträglichen Waffenstillstand und Frieden zu erlangen, die bedrohte Reichseinheit zu erhalten und Terror und Unsicherheit abzuwenden, drängte die SPD auf schnelle Normalisierung durch die Wahl einer Konstituante, die die eigentliche revolutionäre Phase der Arbeiter- und Soldatenräte beenden sollte. Das trieb die SPD-Führung ungewollt - wie Waldemar Besson konstatiert - in die "Hand von Leuten, die

mit dem Schutz der legalen Regierung zugleich den Impuls der Gegenrevolution zu verwirklichen hofften... Wären da nicht die Räte, die doch überwiegend von Sozialdemokraten geführt wurden, ein nützliches Gegengewicht gegen einen allzu frühen Triumph der Feinde der Revolution gewesen? "Diese Räte" - so muß Professor Gerhard A. Ritter in einer kürzlich erschienenen Untersuchung, die die Funktionsunfähigkeit der Räte Demokratie beweisen soll, doch zugestehen - "haben in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch vor allem auf sozialen Gebiet, der Verhinderung von Plünderungen, der Unterstützung der reibungslosen Rückführung des Frontheeres, aber auch in der mehr oder minder intensiven Kontrolle der vielfach gelähmten oder orientierungslosen Verwaltung konstruktive Arbeit zur Verhinderung eines Chaos geleistet. Ihre Funktionsfähigkeit hing dabei weitgehend von der Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien und der maßgeblichen Mitwirkung erfahrener Sozialdemokraten und Gewerkschaftler ab."

Die USPD und der linke Flügel der Mehrheitssozialisten neigten dazu, die angestrebte repräsentative Demokratie mit dem Element der Räteparlamente zu kombinieren, um eine möglichst direkte Mitsprache der Volksbasis zu ermöglichen.

Als der politische Sieg der Sozialdemokratie in seiner ganzen Größe den Massen vor Augen stand, erhob sich überall im Lande der Ruf nach Sozialisierung.

Die revolutionären Obleute als linker Flügel der USPD und die konsequent marxistischen Kräfte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wollten die bestehenden Räte als Beauftragte der überwältigenden Mehrheit der bis dahin in Unmündigkeit und Abhängigkeit gehaltenen Gesamtbevölkerung legitimiert wissen und schnell durch einen chirurgischen Eingriff den Heilungsprozeß der Gesellschaft endgültig einleiten, ihre Entwicklung unwiderruflich auf die Zukunft orientieren und dabei auf jegliche Homöopathie verzichten.

Es gereicht den führenden Sozialdemokraten zur Ehre, daß sie sich stets für die Belange des Volks g a n z e n , wie auch immer diese gelagert sein mochten, zuständig und verantwortlich wußten. Die Maxime dieser selbstlosen Haltung hatte bereits August B e b e l gesetzt:

- * "Sozialist sein, heißt keineswegs bloß den Triumph einer bestimmten Partei vorbereiten. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenwirken sollen."

Über die Zielprojektion eines solchen Zusammenwirkens aller Gruppen äußerte sich der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, Friedrich B e e r t , unmißverständlich am 25. November 1918 vor der Reichskonferenz, an der Delegierte der deutschen Länder und der Arbeiter- und Soldatenräte teilnahmen:

- * "Die Exécutive der Republik, die politische Leitung des Reichs liegt in den Händen des Rates der Volksbeauftragten, der Beauftragten der Arbeiter und Soldaten des Reiches, die die Träger der politischen Macht sind. Das Ziel der Politik der

- * Reichsleitung ist die Durchführung und Sicherung der sozialistischen Demokratie."

Eben diese sozialistische Demokratie stellt maximale Anforderungen an die Gesellschaft, der die Zukunft gehören soll. Sie verlangt von den sie gestaltenden Menschen ein ständiges Bemühen, ein Mit-Denken und Mit-Handeln, von dem keiner ausgeschlossen sein darf. Das erste erschafft diesem Demokratie-Verständnis die sittliche Überlegenheit über eine nur formale Demokratie, die stets eingeengt wird durch den Egoismus kleiner aber oft auch sehr einflussreicher Interessengruppen, deren Funktionen ständig manipuliert werden können.

Von dieser "bürgerlichen Demokratie" sagte Karl Liebknecht in seinen "Leitsätzen" vom 28. November 1918, "sie sei eine verfälschte Demokratie, da die ökonomische und soziale Abhängigkeit der arbeitenden Masse auch bei formaler politischer Gleichheit den herrschenden Klassen sachlich ein ungeheures politisches Übergewicht gibt, und die ökonomische und soziale Abhängigkeit schließt an und für sich wirkliche Demokratie aus." - Der Weg zur Demokratie führe über den Sozialismus, nicht aber umgekehrt, so Liebknecht. Zugleich sollte aber Rosa Luxemburgs Warnung in ihrer kritischen Studie über die russische Revolution nicht überhört werden, daß sozialistische Demokratie nicht erst beginne, "wenn die sozialistische Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt" habe...

Die Fülle der Ideen und Ideale kennzeichnet das Ausmaß dessen, was im historischen November 1918 in Bewegung gesetzt worden ist. Die gigantische Tat kann nicht geschmälert werden durch die spätere Entwicklung. Zu groß sind die Opfer, die gebracht wurden, als daß man von "Versagen" sprechen dürfte. Während keinem Dynasten ein Haar gekrümmt und keinem Finanzmagnaten ein Monopol zerstört wurde, hat die immer dreister auftretende Konterrevolution Tausende von Sozialisten - Intellektuelle und einfache Arbeiter, von denen kaum einer spricht - niedergemetzelt. Der redliche Kurt Eisner war nicht das erste Blutopfer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht die letzten.

Und dennoch - es war nicht umsonst, daß die Sozialdemokratie um der Nation willen oft bis an den Rand der Selbstverleugnung ging. Als sie ihr erstes Nahziel mit dem Zusammentritt der verfassungsgebenden Nationalversammlung im Februar 1919 erreicht hatte, gab sie damit dem deutschen Volke die Möglichkeit zu freier Selbstentfaltung. Daß die Chance nicht voll genutzt wurde, lag nicht zuletzt daran, daß die Wehen der neuen Zeit noch lange andauerten und längst nicht verebbt waren, als die junge Republik bereits in der Agonie lag. - Der Aufbruch der freien deutschen Arbeiterbewegung, die mit ihrem starken Bildungsstreben als die aufgeklärteste und politisch vorwärtsdrängende Gruppe der Bevölkerung galt, ihre leidvollen Erfahrungen bei dem ersten Versuch, ein demokratisches Gemeinwesen zu schaffen, sind eine unüberhörbare Mahnung an unsere Zeit. Es bleibt dabei: Die Festigung des demokratischen Staates, seine Lebendigkeit und das Selbstbewußtsein aller Bürger, die Bereitschaft zur Verteidigung der Demokratie gegen alle Feinde der Freiheit und des sozialen Rechtsstaates - das sind die Voraussetzungen für die Vollendung jenes Aufbruchs der deutschen Nation zu neuen Ufern, der in den grauen Novembertagen des Jahres 1918 begonnen hat.